

## **Resolution des EFUS-Vorstandes**

Haz-Zebbug, Malta, 8. März 2012

### **„Die Verantwortung für Flüchtlinge muss auf europäischer Ebene getragen werden“**

Aufbauend auf der Konferenz in Malta und der Wiener Resolution aus dem Jahr 2011 bekräftigt der Vorstand des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit, dass alle EU-Staaten Unterstützung für den Umgang mit der durch die großen Migrationsströme verursachten humanitären Krise benötigen. Darüber hinaus appelliert das Europäische Forum an die kollektive Verantwortung der Mitgliedsstaaten für dieses Phänomen.

Zuerst sollte betont werden, dass diese Migrationsströme in erster Linie eine humanitäre Problematik darstellen und nicht eine Frage der Sicherheit.

Gegenwärtig haben Malta und andere Grenzstaaten einen angestiegenen Zulauf von Migrant/innen. Dieser ist hauptsächlich auf die Aufstände im Nahen Osten im Jahr 2011 zurückzuführen. Das Europäische Forum würdigt die Bemühungen der maltesischen Verantwortlichen im Umgang mit dieser Entwicklung und lobt vor allem ihren unparteiischen Zugang zu der Migrationsproblematik. Dennoch verweist der Vorstand erneut auf die Wichtigkeit der Fortsetzung der Arbeit unter Berücksichtigung der 2003/9/CE Direktive zur Akzeptanz von Asylsuchenden.

Das Europäische Forum betont die Notwendigkeit, die europäischen Regularien hinsichtlich der Asylthematik zu überdenken. Daher unterstützt es die Bemühungen der Europäischen Kommission, Dublin II mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen europäischen Asylsystems (Common European Asylum System/ CEAS) zu überprüfen. Derzeit verlangt das System, dass Asylsuchende ihr erstes Ankunftsland nicht verlassen dürfen, obgleich Grenzen nicht länger als nationale, sondern als europäische verstanden werden. Die neue Initiative schlägt vor, dass Betroffene im gesamten Gebiet der EU verteilt aufgenommen werden.

Um die mit der Migration verbundenen humanitären Krisen zu lindern, sollten in jedem EU-Staat Bemühungen für eine Reduzierung der Ursachen stattfinden. Diese könnten durch die Stärkung von Synergien zwischen den Ministerien für Inneres und für Entwicklungshilfe realisiert werden. Dadurch könnten die notwendigen Bedingungen geschaffen werden, unter denen potentielle Asylsuchende in ihrem Heimatland bleiben können, ohne ihr Leben mit der Flucht aufs Spiel setzen zu müssen.

Jeder EU-Mitgliedsstaat sollte Verantwortung für einen Teil der Migrant/innen übernehmen, um die Staaten mit den größten Zuströmen zu entlasten. Diese Verantwortung bezieht sich nicht nur auf die Aufnahme, sondern auch auf die Integration. Generell muss zwischen Migranten, illegalen Einwanderern und Flüchtlingen unterschieden werden. Jede Gruppe erfordert eine andere Intervention. Des Weiteren sind unterschiedliche Phasen der Aufnahme

zu unterscheiden: Erstaufnahme, Umsiedlung und/ oder Integration. Jede Phase sollte hierbei besser durch die EU unterstützt werden. Efus betont die Notwendigkeit, die finanziellen Mittel aufzuteilen. Den Mitteln, die für Grenzkontrollen zur Verfügung gestellt werden, sollten Mittel für die Aufnahme von Migrant/innen und für die Fortbildung von Schlüsselpersonen zur Seite gestellt werden.

Fachwissen sollte auf nationalem, regionalem und lokalem Level erhöht werden. Insbesondere sollten die kommunal Verantwortlichen über Migrationsentwicklungen und -ströme informiert und die Zivilbevölkerung aufgeklärt werden, um Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit zu reduzieren.

Mitglieder des Europäischen Forums sind darauf vorbereitet, Hilfestellungen anzubieten und sich in einem Prozess der gegenseitigen Hilfestellung für die Integration von Migrant/innen zu engagieren. Das Fachwissen des Europäischen Forums im Bereich der urbanen Sicherheit wird bei der Umsetzung von Strategien für ein friedvolles Zusammenwohnen und der Integration von Migrant/innen in die lokalen Gemeinschaften behilflich sein.

Das Europäische Forum betont die Notwendigkeit Integrationsrichtlinien aufzustellen. Migrant/innen sollte bei der Entwicklung der Fähigkeit, sich in eine neue Umgebung zu integrieren, geholfen werden, unabhängig davon, ob sie im Staat ihrer Ankunft bleiben, in einem anderen europäischen Staat untergebracht werden oder in ihr Heimatland zurückkehren. Die Anzahl von Flüchtlingen, die in einem Auffanglager untergebracht werden, sollte auf ein striktes Minimum reduziert werden, da dies weder in ihrem, noch im Interesse der zukünftigen Gastgesellschaft liegt.

Europäische Städte können sich gegenseitig helfen, in dem sie ihre Bevölkerungen sensibilisieren und die Hauptverantwortlichen weiterbilden. Des Weiteren können sie sich durch den Austausch über den Umgang mit Notfallsituationen und die Entwicklung nachhaltiger Lösungen unterstützen. Durch die Zusammenarbeit werden die Bedingungen für Migrant/innen verbessert und einem Gefühl von Unsicherheit unter der Bevölkerung vorgebeugt, welches oftmals durch einen Mangel an Kommunikation erzeugt wurde. Schlussendlich reduzieren Kooperationen das Risiko, dass Flüchtlinge von organisierten Verbrechenstrukturen ausgenutzt werden.